

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Antrag Drs. 5/883 „Am Atomausstieg muss festgehalten werden“

Atomausstieg in Deutschland sichern – Atomeinstieg in Polen verhindern

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Katastrophe von Tschernobyl hat klar gemacht: Die Gefahren der Atomenergie machen nicht an Ländergrenzen halt. Deswegen ist der Ausstieg aus der Atomenergie nicht allein ein Anliegen für Deutschland, sondern ist weltweit geboten. Der Landtag Brandenburg nimmt vor diesem Hintergrund mit großer Sorge von Planungen in unserem Nachbarland Polen über den möglichen Bau eines neuen Atomkraftwerks in Zarnowiec Kenntnis.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- a.) sich innerhalb der deutsch-polnischen Oderpartnerschaft und in bilateralen Gesprächen mit Regierungsvertretern der Republik Polen konsequent gegen den Bau eines Atomkraftwerkes in Polen zu engagieren,
- b.) sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass diese bei der Regierung der Republik Polen frühzeitig gegen den Einstieg in die Atomenergienutzung vorstellig wird und
- c.) sich bei der EU dafür einzusetzen, dass europaweit keine neue Atomkraftwerke errichtet werden.

Zugleich soll die Landesregierung den polnischen VerantwortungsträgerInnen auf allen Ebenen Unterstützung bei der Konzeptionierung und Implementierung einer Energiestrategie anbieten, die auf den drei Säulen Erneuerbare Energien, Energiesparen und Energieeffizienz basiert.

Begründung:

Nach Medienberichten planen die Beauftragte der polnischen Regierung für Atomenergie und der polnische Wirtschaftsminister kurzfristig die Voraussetzungen für den Einstieg Polens in die Nutzung der Atomenergie zu schaffen. Der Baubeginn eines Atomkraftwerks in Zarnowiec bei Gdansk soll bereits 2012 erfolgen, das AKW 2020 in Betrieb gehen. Zarnowiec ist rund 450 km von Berlin entfernt. Bei Ostwind – wie zur Zeit der Tschernobyl-Katastrophe – stünden nur wenige Stunden Zeit zur Verfügung, um die Millionenstadt Berlin und die Einwohner der umliegenden Brandenburger Städte und Gemeinden zu evakuieren.

Die Zukunft der Energieversorgung liegt weltweit im Umstieg auf Erneuerbare Energien, in der Energieeinsparung und der Steigerung der Energieeffizienz. Brandenburg nimmt insbesondere im Bereich der Erneuerbaren Energien eine Vorreiterrolle ein, von der auch Polen profitieren kann. Durch geeignete Unterstützung beim Aufbau dieses bislang in Polen nur schwach ausgeprägten Sektors kann Brandenburg einen Beitrag dafür leisten, dass die polnische Regierung aus eigenem Interesse auf die rückwärtsgewandte Nutzung der Atomenergie verzichtet.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen